

Umgang mit besorgten Bürgern

Dr. Christoph Ullrich
Präsident des Landgerichts



Historie

- 17.12.2009 Entscheidung (rechtskräftig seit 11.5.2010)
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
-
- 24.6.2010 Entlassung M.
- 1.7.2010 Entlassung K.
- 20.7.2010 Entlassung B.

jeweils nach Marburg



M.

- Jahrgang 1957
- versuchter Mord
5 Jahre plus SV
- 5 weitere Vorstrafen wg. Raub etc.



K.

- Jahrgang 1954
- sexueller Missbrauch eines Kindes,
3 Jahre, 9 Mo. plus SV
- weitere Vorstrafen wg. sex. Missbrauch
und Mord (Jugendstrafe)



B.

- Jahrgang 1952
- versuchte Vergewaltigung, Körperverletzung
8 Jahre plus SV
- 7 weitere Vorstrafen wg. Vergewaltigung, KV etc.

Als gefährlich eingestuft Mann jetzt frei

Aus Sicherungsverwahrung entlassen

Das Oberlandesgericht Frankfurt entschied gestern in letzter Instanz, einen Mann, der als gefährlich eingestuft wird, sofort freizulassen.

von Anna Ntemiris
und unserer Agentur

Marburg. Ein 53-jähriger Mann, der bis gestern wegen versuchten Mordes in der Justuvollzugsanstalt Schwalmstadt saß, ist auf freiem Fuß. Gestern entschied das Oberlandesgericht Frankfurt in letzter Instanz, den Mann sofort freizulassen. Es handelt sich um jenen Gewaltverbrecher, der bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg gezogen war und dort Recht bekommen hatte. Der Mann sei von der Polizei abgeholt und zu seiner Bleibe gebracht worden, stehe

aber noch fünf Jahre unter sogenannter Führungsaufsicht, erklärten die Staatsanwaltschaft Marburg sowie sein Marburger Rechtsanwalt. Dabei müsse er sich an „bestimmte relativ engmaschige Weisungen“ halten. Nach Angaben des Innenministeriums wird der Mann von der Polizei „offen und verdeckt“ überwacht. Sein Wohnort wurde nicht bekanntgegeben.

Das OLG wies mit seinem Beschluss eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen eine Entscheidung des Landgerichts Marburg zurück. Zugleich setzten sie einen Beschluss des EGMR um, nach dem der noch immer als gefährlich eingestufte Mann 2001 hätte aus der Haft entlassen werden müssen. Der Rechtsanwalt des 53-jährigen bestritt gegenüber dieser Zeitung, dass sein Mandant gefährlich sei. Etwa 70 weitere Täter können sich in Deutschland auf das Straßburger Urteil berufen.

Land: Stadt war zu Ex-Häftlingen früh informiert

Marburgs OB drängt auf Antworten

Das Innenministerium betont, dass die Polizei die als gefährlich eingestuft freigelassenen früheren Gewaltverbrecher überwacht.

Marburg. Noch immer sind nach Ansicht von Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) mehrere Fragen offen, was die Eingliederung und Betreuung der Männer betrifft, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen worden sind und nun in Marburg leben. Allerdings habe er inzwischen ein Schreiben des Justizministeriums erhalten, wonach nach derzeitigem Stand keine weiteren Freigelassenen nach Marburg kommen sollen. Diese Zeitung berichtete gestern, dass zwei Gewaltverbrecher, die aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes freigelassen wur-

den und als weiterhin gefährlich gelten, unter einem Dach in Marburg leben. Vaupels Vorwurf des Informationsdefizites sei ungerechtfertigt, sagte gestern Abend Dagmar Döring vom Justizministerium. Es habe bereits im April Gespräche mit der Stadt gegeben. Der Sprecher des Innenministeriums erklärte, die Polizei werde die Männer offen und verdeckt überwachen. Einzelheiten nannte er nicht. Wie das Sicherheitskonzept langfristig umgesetzt werde, „kommt auf das Verhalten der Probanden an“, so Michael Bußer. Der Verein Eingliederungshilfe Marburg unter dem Vorsitz von Martin Slenczka ist angefragt worden, ob er die zwei Männer sozialpädagogisch betreuen könne. „Die Eingliederungshilfe steht darin einen sinnvollen Schritt der Begleitung bei der Reintegration in die Gesellschaft“, heißt es. Eine Entscheidung sei aber noch nicht gefallen. **Seite 3**

Doch ein dritter Ex-Gewalttäter in Marburg

OB und Ländrat: Grenze ist überschritten

Seit Dienstag lebt ein dritter, aus der Sicherungsverwahrung entlassener ehemaliger Gewaltverbrecher in Marburg.

von Anna Ntemiris

Marburg. Nach Informationen dieser Zeitung wurde am Dienstag ein aus der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt freigelassener Sexualstraftäter in der Kernstadt Marburg untergebracht. Ende Juni und Anfang Juli waren bereits zwei entlassene Sicherungsverwahrte im Stadtteil Stadtwald untergebracht worden.

Alle drei Männer wurden als gefährlich eingestuft. Grundlage für ihre Freilassung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, das die nachträgliche Sicherungsverwahrung von Menschen, die ihre Haftstrafe längst abgebußt

haben, für nicht rechtens erklärt. Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD), der vor zwei Wochen von maximal zwei Entlassenen ausging, äußerte sich empört: „Das Maß des Zumutbaren ist für die Stadt Marburg überschritten“. „Das Recht der Menschen auf Sicherheit ist gleichberechtigt mit dem Recht auf persönliche Freiheit der Haftentlassenen“. Mit drei entlassenen Gewalttätern in einer Stadt dieser Größe sei dieses Gleichgewicht nicht gewahrt. „Im Gegenteil: Es geht zu Lasten des Sicherheitsgefühls der Menschen“, so Vaupel. Ähnlich äußerte sich auch Landrat Robert Fischbach (CDU). Der Staatssekretär im hessischen Justizministerium, Dr. Rudolf Kriszelet, erklärte auf Anfrage dieser Zeitung, dass die Freigelassenen den Wunsch hatten, nach Marburg zu kommen. Das Ministerium habe nicht über den Wohnort zu bestimmen. **Seite 3**

OP 22.7.2010

Vaupel: „Das Maß ist überschritten“

Ein dritter freigelassener ehemaliger Gewaltverbrecher lebt seit Dienstag in Marburg

OP 23.7.2010

Besorgte Anfragen von Bürgern

Freigelassene Ex-Gewalttäter: Oberbürgermeister und Justizministerium im Streit

Drei aus der Sicherungsverwahrung freigelassene Männer beschäftigen die Bürger und sorgen weiterhin für Streit zwischen Magistrat und Ministerium.

von Anna Ntemiris

Marburg. Die Meinungen unter Anwohnern im Stadtteil Stadtwald gehen auseinander, nachdem bekannt wurde, dass zwei ehemalige Gewaltverbrecher, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen wurden, dort untergebracht wurden. Einer von ihnen ist ein mehrfacher Sexualstraftäter. Seit Dienstag lebt auch ein dritter Freigelassener in Marburg, allerdings nicht am Stadtwald (diese Zeitung berichtete). Die einen betonen das Recht auf Resozialisierung und das Grundrecht der Freizügigkeit, die anderen erklären, dass sie Angst haben.

Ein Anwohner (der Name ist der OP bekannt) berichtete, dass er sich im Stadtwald sicher und wohl fühle, es aber ungerecht findet, dass der Steu-

erzahler für die Polizeiüberwachung aufkommen müsse. Auf der OP-Homepage berichtete ein Leser, dass Protestaktionen von Anwohnern im Stadtwald stattgefunden hätten, allerdings hätte das Ordnungsamt diese untersagt. Das könne so nicht stimmen, sagte gestern Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD). „Wenn es Protestaktionen gegeben hätte, hätte ich davon erfahren. Ich hätte diese nicht verboten, sondern wäre hingegangen, um mit den

Leuten zu reden“, sagte er. Er habe allerdings Hinweise und Mitteilungen von Bewohnern, mehreren Müttern und von Organisationen bekommen und festgestellt, dass es einen Aufklärungs- und Informationsbedarf gebe. Auch vor diesem Hintergrund komme er zu der Aussage, dass das Sicherheitsgefühl der Menschen beachtet werden müsse. Vaupel bekräftigte gestern seine Kritik an das Justizministerium. Bei so einem brisanten Thema habe das

Land persönlich den Oberbürgermeister informieren müssen. Das sei nicht geschehen. In scharfer Form weist Justiz-Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit die Vorwürfe zurück (wir berichteten). Kriszeleit sagt, die Stadt „muss ihre Verantwortung wahrnehmen. Ein Schwärzer-Peter-Spiel ist nicht hilfreich“. „Wir als Stadt werden unsere Verantwortung wahrnehmen. Für die ganze Fragestellung trägt das Land Hessen die Verantwortung“, kontert Vaupel.



Der landschaftlich schöne Stadtwald: Dort sind die Gemüter erregt.

Foto: Thorsten Richter

OP 16.8.2010

Ortsbeirat berät über Straftäter

Marburg. Der Ortsbeirat Ockershausen berät in seiner Sitzung morgen Abend ab 20 Uhr im Gemeinschaftshaus Alte Schule über die „Gefahrenabwehr aus der sofortigen Freilassung von Straftätern aus der Sicherungsverwahrung, die sich im Stadtteil Ockershausen-Stadtwald aufhalten beziehungsweise untergebracht sind“. Ein weiteres Thema ist die Neugestaltung des Kirchenvorplatzes.

OP 19.8.2010

Ockershäuser: Straftäter sollen weg

Hitzige Debatte im Ortsbeirat - Landgerichtspräsident: „Es sind freie Bürger, die in Marburg leben wollen“

Der Ortsbeirat Ockershausen-Stadtswald diskutierte am Dienstagabend teilweise hitzig über das weitere Vorgehen mit den im Stadtswald lebenden Gewaltstraftätern.

von Frederik Kötter

Marburg. Seit der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg am 11. Mai die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Straftäter verboten hat, wird in Deutschland erhitert geurteilt. In der Politik und in den Kommunen.

Seit Mitte Juli leben in Marburg drei aus der Sicherungsverwahrung entlassene Straftäter, zwei davon im Stadtswald (die OP berichtet).

Viele Menschen sind verunsichert und wütend. Dies wurde auch am Dienstagabend im Ortsbeirat Ockershausen-Stadtswald deutlich. Die Ockershäuser fordern, die Straftäter werden unterzuhängen.

„Das sind freie Menschen“, betonte der Präsident des Landgerichts Marburg, Dr. Christoph Ulrich, den der Ortsbeirat zu der Sitzung eingeladen hatte. „Sie können selbst entscheiden, wo sie leben wollen.“ Der 50-jährige Jurist nahm an der Ortsbeirats-Sitzung im Ge-



Landgerichtspräsident Dr. Christoph Ulrich. Foto: Kötter



Ein Justizvollzugsbeamter schließt im Hochsicherheitsgefängnis Schwelmstadt eine Gittertür auf. In Marburg wird über Straftäter diskutiert, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen wurden und seit Juli in der Stadt leben. Foto: Uwe Zuch

meinschaftshaus „Alte Schule“ soll, um Fragen der Mitglieder des Ortsbeirates und der etwa 30 anwesenden Bürger zu beantworten.

Ortsvorsteher Ludwig Schneider von der Gemeinschaftshaus Ockershausen (GLO) leitete die Sitzung, die auch von einem Kamera-Team des Hessischen Rundfunks aufgezeichnet wurde. Schneider erklärte, dass sich der Stadtswald entwickeln und insbesondere für junge Familien attraktiv werden solle.

Das könnte nicht gelingen, wenn sich unter den 1.500 Bewohnern zwei aus der Haft entlassene Gewalt- und Sexualstraftäter befinden, betonte Schneider. „Deshalb haben wir eine Resolution ausgearbeitet, die unser Anliegen an die hessische Landesregierung und den Magistrat der Stadt Marburg heran trägt und die zum Handeln auffordert“, sagte der stell-

vertretende Ortsvorsteher Matthias Simon (SPD).

Er verlas die Resolution des Ortsbeirates Ockershausen-Stadtswald. In der Resolution erklären die Mitglieder des Ortsbeirates, dass sich der Stadtswald als junger und kinderreicher Stadtteil Marburgs mitten in der Umsetzung von einer Bundeswehrkaserne zu einem städtischen Wohngebiet befindet.

„In unmittelbarer Nähe zu zwei Schulen und Kindergärten können die aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Gewaltstraftäter, von denen einer wegen Sexualstraftaten verurteilt wurde, nicht sozialisiert werden. Die Angst der Bürger vor nicht mehr sicheren Schulwegen führt zu einer Verschlechterung der Lebensqualität. Deshalb muss ein anderer Ort für die Unterbringung der Gewaltstraftäter gefunden werden“, heißt es in der Resolu-

tion, die einstimmig verabschiedet wurde.

Auf die Frage, welcher Ort für die Unterbringung der beiden in einer Pension lebenden Straftäter besser geeignet wäre, antwortete Uwe Kilmann (CDU): „Der Meier unter der Erde.“ Dies rief heftige Reaktionen der Bürger und der Mitglieder des Ortsbeirates hervor. „Ich weiß nicht, was ich machen würde, wenn mir einer von denen gegenüber sitzen würde“, fuhr Kilmann fort.

Von Bürgern kritisiert wurde die aus ihrer Sicht zu geringe Polizei-Präsenz im Stadtswald. Seit Mitte Juli weilt sich die Polizei immer seltener, sagten mehrere Teilnehmer.

„Die Polizei beobachtet die beiden deftisch“, entgegnete der Leiter der Kriminalpolizei Marburg, Kriminalhauptmann Frank Göbel. „Es finden offene und verdeckte Maßnahmen

statt. Mehr kann ich dazu nicht sagen.“

Anderer Bürger kritisierte, dass die beiden Gewaltstraftäter, die bereits zusammen in der Justizvollzugsanstalt Schwelmstadt inhaftiert waren, übergangsweise zusammen in einer Pension in Stadtswald leben, die vom Sozialamt finanziert werde.

Landgerichtspräsident Ulrich erklärte, man müsse verstehen und akzeptieren, dass die beiden Straftäter ihre Strafe abgesessen hätten, auch wenn laut Gutachten von ihnen noch ein Gefährdung ausginge. „Sie sind freie Bürger, die in Marburg leben möchten.“ Ulrich sah allerdings keine akute Gefahr, da es sich nicht um Chancengräber handele, die spontan angriffen. „Ihre Bewährungshelfer, ihre Wohnungsvermittler und das Sozialamt helfen den beiden jetzt dabei, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren.“

Ein Stück Freiheit geht verloren

Zwei aus der Sicherungsverwahrung entlassene Schwerverbrecher verändern das Leben der Bewohner

Seit Juli leben zwei aus der Sicherungsverwahrung entlassene Gewaltverbrecher im Marburger Stadtwald – einem kinderreichen Stadtteil.

Fortsetzung von Seite 1
von Heike Horst

Marburg. Das Leben der Bewohner hat sich seitdem sehr verändert – zum Negativen. Während die als gefährlich geltenden Gewaltverbrecher ihre Freiheit wieder haben, haben die Bewohner des Stadtwalds ein großes Stück Freiheit eingebüßt.

„Wir sperren unsere Kinder nicht ein“, sagt eine Mutter von drei Kindern im Alter zwischen

Jahren. Und seine Kinder haben Angst, obwohl sie den ersten Schreck überwunden haben und sich allmählich an die neue Situation gewöhnen.

Sie dürfen nur noch in der Nähe des Hauses spielen, was sehr ungewohnt ist. Vor dem Einzug der beiden Männer haben die Kinder im Stadtwald „sehr viel Freiheit genossen“, sagt Christoph Peter. „Hier ist alles sehr offen und man kennt sich untereinander.“

Mittlerweile besuchen die Kinder ihre Spielgefährten und Freunde nur noch in Begleitung von Erwachsenen.

Für die Situation im Stadtwald macht Christoph Peter nicht die aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Männer verantwortlich. „Politik und Verwaltung haben versagt. Das Ur-



Im Stadtwald fühlen sich Bewohner nicht mehr so wohl wie früher. Sie fürchten die aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Gewalttäter.

Foto: Thorsten Richter

OP 1.10.2010

Anwohner im Stadtwald schildern Ängste

Ex-Gewaltverbrecher: Bürgerversammlung

120 Bürger kamen gestern Abend zur Informationsveranstaltung zum Thema Sicherheit ins Bistro A-Cappella im Stadtwald.

von Anna Némiris

Marburg. Anlass der Versammlung, bei der Vertreter von Stadt, Justiz und Polizei informierten, war der Zuzug von zwei ehemaligen Sicherungsverwahrten in den Stadtwald. Mittlerweile lebt dort nur noch einer der beiden Ex-Gewaltverbrecher. Anwohner, Eltern und Lehrer äußerten ihr Unverständnis darüber, dass ein als pädophil und stark rückfallgefährdeter ehemaliger Sexualstraftäter inmitten eines kinderreichen Quartiers wohnt. Seit dem Sommer sei der Alltag vieler Familien stark beeinträchtigt, berichteten Eltern. Dies bestätigte die Leiterin der Theodor-Heuss-Schule, Elisabeth Fiedler. „Warum erhielt der Mann nicht die Auflage, sich

nicht in der Nähe von Spielplätzen niederzulassen?“, fragte Anwohnerin Katja Brünke. Landgerichtspräsident Dr. Christoph Ullrich erklärte, der Ex-Straftäter dürfe nicht in Kontakt mit Minderjährigen ohne Einverständnis ihrer Eltern treten.

Nachdem Ullrich erklärte, der Ex-Sicherungsverwahrte habe den Wunsch geäußert, ins Rhein-Main-Gebiet zu ziehen, kam während des Abends mehrmals die Frage auf, warum der Mann nicht nach Frankfurt ziehe. „Wir können keinen in die Obdachlosigkeit entlassen“, so Ullrich. Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) erklärte, die anderen beiden in Marburg lebenden Ex-Sicherungsverwahrten seien „auf einem guten Weg“ der Rückkehr in die Gesellschaft. „Bei der dritten Person wissen wir als Stadt nicht weiter.“ Mehrere Mütter forderten mehr Aufklärung und professionelles Präventionstraining für ihre Kinder. „Ein guter Vorschlag“, so der OB. *Bericht folgt.*

„Wir leben in einem Geisterviertel“

Besorgte Eltern forderten bei Bürgerversammlung im Stadtwald Umzug des früheren Sexualsträftäters

Der Leiter der Kripo, der Landgerichtspräsident und der Oberbürgermeister besprachen mit Anwohnern des Stadtwalds Fragen der Sicherheit.

von Anna Nemitz

Marburg. „Ein Gewalttäter mit solch einer Sozialprognose gehört nicht in diesen und in seinen anderen Stadtteil“, sagte Ostarbeitsleiter Ludwig Schneider (GLC) zu Beginn der Informationsveranstaltung vor rund 120 Zuhörern. Mehr als zwei Stunden diskutierten am Donnerstagabend im Büro A-Capella Bürger mit Vertretern von Stadt, Justiz und Polizei über das Thema Sicherheit. Anlass war die Umsiedlung von drei ehemaligen Sicherungsverwahrten in Marburg. Zunächst lebten im Stadtwald zwei Ex-Gewaltverbrecher, mittlerweile nur noch einer – ein als pädophil und stark rückfällig eingeschätzter Mann.

Viele Anwohner schilderten emotional und offen ihre Ängste und Fragen, die Diskussion verlief jedoch weitgehend sachlich. Der Leiter der Kriminalpolizei Marburg, Frank Göbel, und Landgerichtspräsident Dr. Christoph Ullrich sowie Oberbürgermeister Ragn Vöpel (SPD) informierten über den Umgang der Behörden mit dem als gefährlich eingestuften Mann, der rechtlich ein freier Mensch ist, sich aber an meh-



Im Büro „A Capella“ verfolgten viele der rund 120 Besucher die Bürgerversammlung im Stadtwald. Gläubig Nisch (vorne, Mitte) stellte als besorgter Anwohner Fragen.

Foto: Thorsten Richter

tere Auslagen haben muss. „Ein Verstoß gegen eine Auflage ist eine Straftat“, erklärte Ullrich. Der Mann stehe unter der Führungsaufsicht des Landgerichts und werde von speziell fortgebildeten Bewährungshelfern – so genannten Sicherheitsmanagern – betreut, so Ullrich. „Ich kann Ihnen nicht garantieren, dass die Männer nicht wieder rückfällig werden. Aber ich kann Ihnen garantieren, dass die Bewährungshelfer engagiert ihre Arbeit ma-

chen und eng an den Leuten dran sind“, so Ullrich. Göbel berichtete, dass die ehemaligen Sicherungsverwahrten auch regelmäßig Termine bei der Polizei haben. Die Polizei spreche mit den Männern über ihre Perspektiven oder über ihre Tagesstruktur. „Wir zeigen zudem offene Präsenz durch Polizeistreifen und einsameln verdeckt“, so Göbel. Anwohner Günter Nisch fragte, wer für den Ex-Sträfling den Kontakt zu der Unterkunft

im Stadtwald hergestellt habe. „Die Sozialberatung der Justizvollzugsanstalt“, antwortete Vöpel. Mehrere besorgte Eltern appellierten an die Adresse der JVA, keinen weiteren Ex-Häftling des Stadtwalds als Wohnort zu empfehlen.

Dennis Müller, Lehrer der Benigna-von-Amin-Schule, machte die besondere Situation seiner Schüler deutlich. Mehrmals in der Woche schienen die behinderten Kinder auf dem Weg

zur Turnhalle an der Unesco, das Ex-Sexualstraftäter vorbeiliefen. „Diese Kinder sind so hilflos, sie spüren sich von sich aus an“, so der Pädagoge. „Solche Straftäter sind so besonders gefährdet“, sagte er weiter. Ein Familienvater erklärte, er sehe seine drei Kinder in Gefahr. „Der Mann kann von seinem Zimmer in unsern Zimmer schauen. Und er schaut täglich auf den Kinderplatz. Pöckel er sich irgendwas weiche heraus“, fragte der Vater. Er berichtete, dass im Stadtwald keine Kinder mehr alle drei Stunden spielen oder laufen, sondern zum Bus laufen. „Wir leben in einem Geisterviertel“.

Mehrere und vehementer habe Anwohner, warum der Ex-Täter nicht nach Frankfurt gehe. Ullrich hatte erklärt, da der Mann selbst gern in der Region Frankfurt leben würde, aber derzeit aus mehreren Gründen, unter anderem aus rassistischen, nicht möglich sei. „Wir gehen davon aus, dass die jenseitige Unterkunft kein Dauerwohnsitz ist“, sagte der Richter. Ullrich gab den besorgten Eltern eine neue Information über die früheren Sicherungsverwahrten. Alle drei hätten innerhalb von Sozialwegen ihr Leben verliert. Keiner von ihnen habe in der Vergangenheit eine fremde Person Gewalt angetan. Dr. Amala Neelsen wies darauf hin, dass weitere solcher Informationen. „Wenn wir wissen, was wir wissen, werden wir fraglich. Nicht ausreichend Informationen können wir die Situation besser beurteilen“, sagte sie.

„Warum gibt es keine Hitz für verlässliche Eltern“, fragt Sandra Kießling. Für Ex-Sträfling werde doch auch viel getan, meinte die Mutter. Sie fragte nach Präventionsmaßnahmen für Kinder an. „Wie sollen sich Kinder verhalten, wenn sie angesprochen werden? Viele Eltern wissen nicht, wie man das erklärt. Vöpel verspricht, die Stadt werde den Eltern aufpassen.“



Mit großem Interesse verfolgten Anwohner, Eltern und Lehrer die Bürgerversammlung.



Der Leiter der Marburger Kripo Frank Göbel (links) und Landgerichtspräsident Dr. Christoph Ullrich antworteten auf die Fragen.

Nach neuem Gesetz bleiben alte Fragen 107

Europapolitiker sprach bei Diskussionsveranstaltung zum Thema Sicherungsverwahrung in Ockershausen

Der Europaabgeordnete Michael Gahler sprach am Freitagabend auf Einladung der Marburger CDU über die Sicherungsverwahrung – ein lokal und bundesweit aktuelles Thema.

von Anna Ntemiris

Marburg. Hat das neue Therapieunterbringungsgesetz Auswirkungen auf die in Marburg lebenden freigelassenen Ex-Sicherungsverwahrten? Dies war eine der Fragen, die in der Alten Schule in Ockershausen aufgeworfen wurden. Vertreter von Justiz und Politik waren unterschiedlicher Meinung.

Zum lokalen Hintergrund: Im Sommer wurden zwei als gefährlich eingestufte Ex-Gewaltverbrecher, die aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus der nachträglichen Sicherungsverwahrung freigelassen wurden, in Stadtwald untergebracht. Inzwischen wohnt nur noch ein Ex-Täter, der unter anderem wegen Kindesmissbrauch verurteilt worden war, im Stadtwald. Dass dieser ausgerechnet inmitten eines kinderreichen Stadtteils wohnt, „hätte erst gar nicht passieren dürfen“, erklärte der Ortsvorsteher Ludwig Schneider am Freitag einmal mehr. Die Menschen im Stadtwald seien verunsichert, sagte Schneider.

Gahler erklärte zu Beginn die Einschätzung des Europäischen Gerichtshofs: Verurteilte Täter, die längst ihre Haftstrafe verbüßt hätten, dürfen nicht nach-



Landgerichtspräsident Dr. Christoph Ullrich (vorne) schaltete sich aus dem Publikum auf Nachfrage in die Diskussion ein. Der Europapolitiker Michael Gahler (Mitte) informierte über die Sicherungsverwahrung. Der ehrenamtliche Stadtrat Wieland Schözel (rechts) moderierte die Veranstaltung.

Foto: Anna Ntemiris

Bedingungen wie bisher inhaftiert sein. Die nachträgliche Sicherungsverwahrung wurde als Strafe ohne Gesetz gesehen, die in einem Rechtsstaat nicht existieren dürfe, zeichnete Gahler die Meinung der Straßburger Richter nach. Deutschland werde nur selten vom Europäischen Gerichtshof verurteilt, erklärte der Europapolitiker. Russland und die Türkei dagegen häufig. Gegen die russische Regierung gebe es derzeit 20 000 Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen.

Zukunft als für die Vergangenheit. Sie wollten wissen, ob und welche Auswirkungen die von der Bundesregierung vor einigen Tagen beschlossenen Neuregelungen zur Sicherungsverwahrung haben.

An der Entlassung weiterer Sicherungsverwahrter in ganz Deutschland werde sich nichts ändern, erklärte Gahler. Aber es werde mit dem sogenannten Therapieunterbringungsgesetz eine neue Möglichkeit geschaffen, um kranke gefährliche Täter

diesem Grunde müssen bei Gericht dies Zivilkammern und nicht die Strafkammern anordnen. Durch die Neuregelung werde eine 24-stündige Polizeiüberwachung, die sehr kostenintensiv sei, nicht mehr nötig sein, meinte Gahler. Wird das neue Gesetz auch auf diejenige zutreffen, die bereits freigelassen sind, so eine Frage aus dem Publikum. Gahler sagte, das neue Gesetz sei auch für „Altfälle“ gültig. Landgerichts-

Praxis geboten wurde, sah die kritischen: „Es ist jetzt zu früh um dafür eine gesicherte Prognose abzugeben.“ Man müsse mit Gerichtsprozessen rechnen, und die nötigen Einrichtungen für das Therapieunterbringungsgesetz seien nicht von heute auf morgen zu gründen gab er vorsichtig zu bedenken.

Ein Zuhörer, der Polizeibeamte Sebastian Eschrich, erklärte, dass Polizisten jetzt schon Merkschen bei besonderen Gefährdungen in die Psychiatrie bringen dürfen, durch richterliche Beschluss blieben diese dort auch langfristig. Ullrich erklärte: „Eine akute Gefährdung liegt bei keinen von denen vor, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen wurden“. Derzeit befinden sich laut Ullrich in Hessen 40 Häftlinge in Sicherungsverwahrung, insgesamt gebe es 5 000 Strafgefangene in Hessen. Diese Statistik könne zeigen, dass es keinen Grund zu Panik gebe. Dies sah auch Gahler so. Er blickte auf die europäischen Nachbarländer, wo Pädophile oder verurteilte Straftäter öffentlich an den Pranger gestellt werden, etwa durch Internet. „Das halte ich für rechtlich bedenklich“. Die CDU Stadtverordnete Karin Schaffner sah dies anders: Wer Kinder missbrauche, brauche keine Freiheit. „Da hab' ich meine ganz eigene Meinung“. Glücklicherweise gebe es nicht mehr die alttestamentliche Regel „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ entgegnete Gahler. Ullrich erklärte, dass in Marburg alle Verantwortlichen einen Runder Tisch zu den Fragen der Sicherungsverwahrungen gebildet haben und die Bewährungshil-

OP 19.2.2010

Bürger prangern Ex-Sextäter an

Plakate am Spielplatz im Stadtwald sorgen für Aufregung



Der Widerstand im Stadtwald gegen den Ex-Sicherungsverwahrten, der dort seit dem Sommer wohnt, nimmt zu.

von Anna Ntemiris

Marburg. Bewohner im Stadtwald haben Kopien von Zeitungsartikeln aus Weilburg aus dem Jahr 1996 vergrößert, verteilt und plakatiert. Damit machen sie auf die kriminelle Vergangenheit des Ex-Sicherungsverwahrten aufmerksam, der im Stadtwald wohnt.

Dieser drohte am Mittwoch dem Vorsitzenden der Tannenberggemeinschaft Günter Nitsch telefonisch mit einer Unterlassungsklage, sollte noch einmal etwas in der Zeitung über ihn stehen.

Diese Plakate mit vergrößerten Zeitungsartikeln hängen am Spielplatz im Stadtwald.

Privatfoto

Seite 2



Sorgen der Bürger

- Sorgen ernst nehmen !
- Offensive Öffentlichkeitsarbeit
 - Unsere Arbeit ist gut
 - Wir haben nichts zu verbergen
 - Unsere Bewährungshelfer sind qualifiziert und engagiert

Landgericht Marburg



Umgang mit besorgten Bürgern

Dr. Christoph Ullrich
Präsident des Landgerichts